

E 5604

Bund der
Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift
für die Bediensteten des
Justizvollzugs

DER VOLLZUGS- DIENST



Ein Arbeitsbetrieb im Strafvollzug

Lesen Sie im Facheil dieser Ausgabe:

**Nachsorgeprojekt Chance –
kein „Entlassungsloch“ für junge Straftatlassene**

3

Juni 2008

Wir danken unseren Wählerinnen und Wählern!

BSBD erzielt überragendes Ergebnis bei den Personalratswahlen 2008

Der 05. Juni 2008 markiert den vorläufigen Höhepunkt in einer langen Kette von BSBD-Wahlerfolgen. Das Ergebnis der Personalratswahlen 2008 hat damit einmal mehr bestätigt, daß der BSBD die bestimmende gewerkschaftliche Kraft im Bereich des Strafvollzuges ist. Angesichts etlicher Unwägbarkeiten war und ist allerdings für überschäumende Euphorie kein Platz. Einerseits handelte es sich um die erste Wahl nach der grundlegenden Novellierung des Personalvertretungsrechts, andererseits ist die Lage im öffentlichen Dienst immer noch dadurch geprägt, dass den Kolleginnen und Kollegen eine Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung auch durch die amtierende Landesregierung noch immer vorenthalten wird. In dieser Situation waren auch die Gewerkschaften durchaus verunsichert, weil sie nur unzureichend einschätzen konnten, wie ihre Arbeit durch die Wählerinnen und Wähler bewertet und eingeschätzt werden würde. Zudem stand die erstmalige Wahl eines eigenen Hauptpersonalrates für den Strafvollzug auf der Agenda, wodurch nach Einschätzung des BSBD die Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten deutlich intensiviert und weiter verbessert werden kann.

Von den 5.174 Strafvollzugsbediensteten, die sich am Urnengang beteiligten, unterstützten 3.924 die Listen des **BSBD** mit ihrer Stimme. Damit konnte der **BSBD** seinen Stimmenanteil gegenüber 2004 von 71,8 auf 75,8 Prozent um 4 Prozentpunkte steigern und ein herausragendes Wahlergebnis erzielen, während die konkurrierende Gewerkschaft **ver.di** lediglich 24,2 Prozent erzielen konnte. Das eindeutige Votum der Kolleginnen und Kollegen hat unseren Kandidatinnen und Kandidaten für den Hauptpersonalrat und die Ortspersonalräte zu überwältigenden Mehrheiten verholfen. Dieses herausragende Wahlergebnis empfinden die Mandatsträger des **BSBD** als Herausforderung und Verpflichtung, sich auch künftig für die Sicherung und Durchsetzung der spezifischen Berufsinteressen der Strafvollzugsbediensteten mit allen ihren Möglichkeiten einzusetzen.

Zu danken hat der Landesverband all jenen Kolleginnen und Kollegen, die unsere Fachgewerkschaft in den Mandaten vor Ort repräsentieren und die die gewerkschaftliche Arbeit für den einzelnen unmittelbar erfahrbar machen. Mit großem persönlichen Einsatz, Einfühlungsvermögen und Überzeugungskraft haben sie die herausragenden gewerkschaftlichen Erfolge des **BSBD** vorgestellt und damit die Grundlage für eines der besten Personalratswahlergebnisse in der über 50jährigen Geschichte des **BSBD** gelegt. Erst vor dem Hintergrund dieses Engagements wird dieser Erfolg in seinen Dimensionen erklärbar.

Eigener Hauptpersonalrat für den Strafvollzug

Im Rahmen der grundlegenden Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes hat sich der **BSBD** mit seiner langjährigen Forderung nach einem eigenen Hauptpersonalrat endlich durchsetzen können. Damit ist sichergestellt, dass die Strafvollzugsbediensteten ihre ureigensten Interessen selbst wahrnehmen und nicht durch andere Bereiche der Justiz „fremdbestimmt“ werden können. Dabei hatte zunächst nichts auf diesen Verhandlungserfolg hingedeutet. Zu eindeutig war die Ansage der Regierungsfractionen, dass man eine Personalvertretung nicht



Klaus Jäkel: „Die Personalratswahlen 2008 haben einen in dieser Deutlichkeit kaum für möglich gehaltenen Vertrauensbeweis für die Mandatsträger des BSBD erbracht. Mit diesem Pfund werden wir wuchern müssen, um die gewerkschaftlichen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu bestehen“.

bestehen lassen wolle, wenn man im Behördenaufbau eine Hierarchieebene beseitige. Gemeint war die Auflösung des Landesjustizvollzugsamtes Nordrhein-Westfalen, das mit Ablauf des Jahres 2007 seine Pforten geschlossen hat. Wäre es bei dieser Einschätzung geblieben, wäre die Zuständigkeit des allgemeinen Hauptpersonalrates auch für den Strafvollzug mit der Folge gegeben gewesen, dass der Strafvollzug in diesem Gremium in der Minderheitsposition gewesen wäre. Der **BSBD** hat sich letztlich mit der Argumentation durchgesetzt, dass es bei der Regelung von auf der Ortsebene auftretenden Meinungsverschiedenheiten einer Instanz bedürfe, die den Betroffenen die eigenständige und eigenverantwortliche Wahrnehmung ihrer Interessen auf im Stufenverfahren ermögliche.

Nachdem diese Vorstellungen Aufnahme in die Novellierung des Personalvertretungsrechts gefunden haben, konnte am 05. Juni 2008 erstmals ein eigener Haupt-

personalrat für den Bereich des Strafvollzuges gewählt werden. Mit überwältigender Mehrheit haben sich die Strafvollzugsbediensteten für die Vorschlagslisten des **BSBD** ausgesprochen.

Insgesamt waren 14 Beamtenvertreter und 1 Vertreter der Gruppe der Arbeitnehmer zu wählen. Im *Beamtenbereich* entfielen auf die **BSBD-Liste** 77,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Für **ver.di** votierten 22,7 Prozent der Kolleginnen und Kollegen. Damit entfielen auf den **BSBD** 11 und auf **ver.di** 3 Mandate.

Der **Arbeitnehmerbereich**, der zwischen den Gewerkschaften bislang meist hart umkämpft war, erbrachte bei dieser Wahl ein erstaunlich klares Ergebnis. Für die **BSBD-Liste** votierten 68,6 Prozent der Kolleginnen und Kollegen, während **ver.di** 31,4 Prozent der Stimmen erhielt. Der einzige zu vergebende Sitz wurde somit durch den **BSBD** errungen. In den aus insgesamt 15 Mitgliedern bestehenden Hauptpersonalrat Strafvollzug entsendet der **BSBD** damit 12 und **ver.di** 3 Mandatsträger.

In einer ersten Stellungnahme zeigte sich **BSBD**-Chef **Klaus Jäkel** überaus erfreut über das für seine Fachgewerkschaft so herausragende Wahlergebnis: „Wir waren etwas verunsichert, ob sich die den Bediensteten durch die Politik aufgebürdeten Restriktionen belastend auf das Wahlverhalten auswirken würden. Jetzt, da die Kolleginnen und Kollegen gesprochen und den **BSBD**-Mandatsträgern nachdrücklich den Rücken gestärkt haben, sind wir froh und erleichtert. Das herausragende Wahlergebnis wird uns Ansporn und Verpflichtung sein, den neuen **Hauptpersonalrat Strafvollzug** zu einem wirksamen und effektiven Mitbestimmungsgremium zu entwickeln“.

Auch wenn der **BSBD** seine führende Stellung als maßgebliche Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten weiter ausbauen konnte, so ist der Rückgang der Wahlbeteiligung auf rd. 65 Prozent doch ein Wermutstropfen, dem in den kommenden Jahren erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen sein wird. Die Berufsgruppenminderheit der Strafvollzugsbediensteten wird auch in Zukunft darauf angewiesen sein, ihre Interessen einmütig und unüberhörbar zu vertreten. Dass die Strafvollzugsbediensteten ihre ureigensten Belange gemeinsam vertreten, wird für die Politik an-



Die BSBD-Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für die Wahl zum Hauptpersonalrat freuen sich über das Vertrauen, das ihnen durch die Kolleginnen und Kollegen ausgesprochen worden ist. Von links: Andrea Krehl (JVK Fröndenberg), Rolf Oelke (Köln), Klaus Jäkel (Bielefeld, designierter Vorsitzender), Erwin Rosengart (Dortmund), Annette Strake (Bielefeld) und Wilfried Logen (Aachen).

hand der Ergebnisse der Personalratswahlen ablesbar. Es ist daher wichtig, dass sich die Abnahme der Wahlbeteiligung nicht zu einem Trend entwickelt, der die Vertretung der spezifischen Interessen der Kolleginnen und Kollegen auf Dauer deutlich erschweren würde.

BSBD geht gestärkt aus Personalratswahlen hervor

Herausragende Einzelergebnisse bei den Personalratswahlen erzielten die Ortsverbände **JAA Bottrop und JAA Wetter (jeweils 100)**, **Detmold (94,7)**, **Willich II (93,8)**, **Büren (91,0)** **Bielefeld-Senne (90,0)**, **Köln (90,0)**, **Bochum-Langendreer (89,8)**, **Dortmund (89,8)**, **JAA Düsseldorf (87,5)**, **Bochum (86,7)**, **Attendorf (85,9)**, **Heinsberg (84,3)**, **Rheinbach (84,2)**, **Wuppertal (83,7)**, **Aachen (82,7)**, **Hövelhof (82,4)**, **Fröndenberg (82,2)**, **Geldern (82,2)**, **Duisburg-Hamborn (81,3)**, **Castrop-Rauxel (81,2)**, **Düsseldorf (80,7)**, **Münster (79,8)**, **Moers-Kapellen (78,1)**, **Kleve (77,3)**, **Hamm (76)**, **JAA Lünen (72,7)**, **Bielefeld-Brackwede I (70,9)**, **Gelsenkirchen (69,3)**.

Auf der Ortsebene war bei den diesjährigen Wahlen vermehrt das Phänomen zu beobachten, dass die gewerkschaftliche Konkurrenz nicht mehr flächendeckend Wahlvorschläge eingereicht hat. In etlichen Behörden sind daher Personenwahlen durchgeführt worden. Dies ist vom Grundsatz her nicht schlecht, weil jeweils die Personen des eigenen Vertrauens gewählt werden können. Langfristig dürfte sich diese Entwicklung allerdings als überaus problematisch erweisen, weil dies, wie die Erfahrung zeigt, automatisch zur Entstehung gewerkschaftlich nicht gebundener Listen führen dürfte. Solche Lis-

ten bewirken aber fast zwangsläufig ein Auseinanderdriften der Interessen dort, wo ein Zusammenführen sinnvoll und nützlich wäre. Der Beschäftigungsbereich des Strafvollzuges ist zu klein, um eine solche Entwicklung auf Dauer unbeschadet zu überstehen. Die Berufsgruppenminderheit der Strafvollzugsbediensteten wird ihre Belange auf dem „politischen Verteilungsmarkt“ nur dann nachdrücklich vertreten können, wenn sie ihre Interessen

bündelt und mit einer kräftigen Stimme vertritt. Die bislang günstigen Rahmenbedingungen haben es dem **BSBD** ermöglicht, für die Strafvollzugsbediensteten in den zurückliegenden Jahren wesentliche Verbesserungen der Besoldungsstruktur zu erreichen. „Diese optimalen Bedingungen, den Strafvollzugsbediensteten auf der politischen Ebene Gehör zu verschaffen, sollten nicht ohne Not aufgeben. Jetzt, wo sich das Lösen der SpARBremse abzeichnet, müssen wir optimal aufgestellt sein, um für die Kolleginnen und Kollegen Optimales erreichen zu können“, rief **BSBD-Vormann Jäkel** zur Geschlossenheit auf.

Wahlergebnis ist starker Impuls für die Gewerkschaftsarbeit

Nach Einschätzung des **Vormannes der Gewerkschaft Strafvollzug** ist das herausragende Ergebnis des **BSBD** bei den Personalratswahlen 2008 der richtige Impuls, um das berechtigte Verlangen der Kolleginnen und Kollegen nach Beteiligung an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu beflügeln. So werde der **BSBD** gegenüber den politischen Entscheidungsträgern aus einer gestärkten Position heraus agieren und verhandeln können. „Bei allem Verständnis dafür, dass das Land Nordrhein-Westfalen nicht dauerhaft über seine Verhältnisse leben kann, sollte sich die Politik bewusst machen, dass die mageren Jahre für die Kolleginnen und Kollegen des Strafvollzuges sofort beendet werden müssen. Was wir jetzt fordern und gemeinsam mit dem **DBB** durchsetzen werden, ist ein deutlicher Einkommenszuwachs, der erheblich oberhalb des



In das nordrhein-westfälische Justizministerium am Düsseldorfer Martin-Luther-Platz wird erstmals eine eigenständige Personalvertretung ausschließlich für den Bereich des Strafvollzuges einzuziehen. Ein seit langem durch den BSBD verfolgtes Ziel ist damit realisiert worden.

Kaufkraftverlustes liegen muss, damit die eingetretenen Einkommensverluste teilweise kompensiert werden können“, machte **Jäkel** die **BSBD**-Position deutlich.

Um diese Ziele zu erreichen, sind Einigkeit und Solidarität mit dem **BSBD** wichtiger denn je. Denn auch für Strafvollzugsbedienstete gilt: „**Einigkeit macht stark**“ und „**Gemeinsam erreichen wir mehr**“!

Allen unseren Wählerinnen und Wählern danken wir für das herausragende Wahlergebnis. Für den BSBD und seine Kandidatinnen und Kandidaten ist dieser Vertrauensbeweis Verpflichtung, eine ausschließlich an den Interessen der Kolleginnen und Kollegen ausgerichtete Gewerkschaftsarbeit fortzusetzen. Ziel des BSBD ist es, den Strafvollzugsbediensteten für ihre verantwortungsvolle Arbeit im Dienst der Gesellschaft eine leistungs- und aufgabenangemessene Bezahlung zu sichern. Gleichzeitig fordert der BSBD mehr soziale Anerkennung der Gesellschaft für das berufliche Engagement im Strafvollzug. Eine verstärkte Würdigung wäre hilfreich für das Ansehen des Berufes und für die Akzeptanz der wahrlich nicht leichten Arbeit in den Vollzugseinrichtungen. Der BSBD wird daneben sicherstellen, dass die Vorstellungen und Zielsetzungen unserer Mandatsträger in den Personalräten im Interesse des Gleichklangs der Interessenwahrnehmung in die gewerkschaftliche Arbeit des BSBD einbezogen werden.

Hauptpersonalrat Strafvollzug

BSBD-Mitglieder im neu gewählten Mitbestimmungsgremium

Gruppe der Beamten

Lfd. Nr.	Name	Ortsverband
1	Klaus Jäkel	Bielefeld-Senne
2	Wilfried Logen	Aachen
3	Rolf Oelke	Köln
4	Wolfgang Sonnenschein	Bochum
5	Gerhard Schmalz	Geldern
6	Bernd Binnebösel	Werl
7	Detlef Börner	Gelsenkirchen
8	Peter Brock	Rheinbach
9	Harald Neuhaus	Heinsberg
10	Peter Buschmeier	Bielefeld-Brackwede I
11	Theodor Wiczorek	JV-Schule Wuppertal

Gruppe der Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Name	Ortsverband
1	Erwin Rosengart	Dortmund

Glosse

Tach auch

Justus V. Anonymus



Na, Kollege, alles klar? Freusse dich schon auf den unerhörten Reichtum, der Ende Juni auf dein Konto ausbricht. Satte 2,9 Prozent mehr! Ich weiß jarnich mehr, wohin mit dat viele Jeld.

Letztens habe ich inne Zeitung dat janze Pallaver mit die Koppnoten aufem Zeuchnis jelesen. Warum heißen die überhaupt Koppnoten? Vielleicht, weil die früher den Kindern inne Schule aufen Kopp jeschrieben wurden? Oder weil die wat sajen über dat, wat jeder im Kopp hat? Ne, ne, die heißen so, weil die aufem Kopp vonnen Zeuchnis stehen. Also jetzt nich verkehrt herum, sondern oben. Und zwar heißt dat Arbeits- und Sozialverhalten in Zeugnissen. Zum Arbeitsverhalten jehört Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Sorgfalt, Selbständigkeit; zum Sozialverhalten zählt Verantwortungsbereitschaft, Konfliktfähigkeit und Kooperationsfähigkeit. Jetz hab ich mir mal so vorjestellt, datt unser

Scheffs sonne Koppnoten bekämen. Also wenn ich mir meinen ma so ankucke: Arbeitsbereitschaft jeht ja noch, aber Sozialverhalten? Nehme mer mal die Konfliktbereitschaft:

- hört zu, wenn Kritik an der eigenen Leistung oder dem eigenen Verhalten geübt wird, und is bereit, sich mit der Kritik auseinanderzusetzen

Koppnoten

- begründet seine Kritik gegenüber anderen sachlich und in angemessener Form
- setzt sich mit unterschiedlichen Standpunkten sachlich auseinander
- nimmt Konflikte mit anderen wahr, spricht diese angemessen an und versucht, sie mit friedlichen Mitteln zu lösen
- lässt auch von der eigenen Meinung abweichende Vorstellungen zu und grenzt sich ggf. in angemessener Form ab
- respektiert das Verhalten, die Meinung, das Aussehen anderer Menschen und begegnet ihnen mit Respekt und Höflichkeit
- benutzt eine Sprache, die andere

nicht diskriminiert, schlichtet Streit. Oh, oh ho, Scheff, Konfliktbereitschaft sieht jans schlecht aus. Leider Note vier, unbefriedigend (= entspricht den Anforderungen noch nicht).

Und die Kooperationsfähigkeit ers:

- hält vereinbarte Regeln ein
- arbeitet an gemeinsamen Planungen mit
- beachtet Höflichkeitsformen situationsangemessen
- bietet anderen Hilfe und nimm selbst Hilfe an
- erkennt Leistungen anderer an
- hört angemessen zu und lässt andere ausreden
- stimmt sich in der Gruppe ab, bringt Vorschläge zur Bearbeitung und Lösung von Aufgaben ein und übernimmt Arbeit
- greift Beiträge und Vorschläge anderer auf
- ist bereit, eigene Interessen zurückzustellen, wenn es die Ziele des Teams erfordern.

Tja Scheff, leider verloren.

So, jetzt muss ich schnell noch nachem Aldi, da jibbet jrad ne Kaffeautomat im Sonderangebot, un dann zum Spätdienst. Machet joot bis demnächst
Euer Justus V. Anonymus

Ehrenvorsitzender Wilhelm Bokermann beging 70. Geburtstag

Synonym für Integrations- und Durchsetzungsfähigkeit

Am 27. April 2008 hatte Wilhelm Bokermann Freunde, Verwandte sowie berufliche und gewerkschaftliche Weggefährten eingeladen, um seinen Ehrentag feierlich zu begehen. BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel würdigte das gewerkschaftliche Wirken des Jubilars und bedankte sich für das ehrenamtliche Engagement, das der Ehrenvorsitzende über mehrere Jahrzehnte in Leitungsfunktionen der Gewerkschaft unter Beweis gestellt habe. Seit dem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 2001 ist Bokermann weiter aktiv. So meldet er sich regelmäßig mit Kommentaren in der Mitgliederzeitschrift „Der Vollzugsdienst“ zu aktuellen gewerkschaftlichen Themen zu Wort und befasst sich gegenwärtig mit der Aufarbeitung der geschichtlichen Wurzeln der Haftanstalt Bielefeld und der Gefangenenlager Oberems. In dieser Vollzugseinrichtung war er selbst über dreißig Jahre beruflich in unterschiedlichen Funktionen, zuletzt als Verwaltungsleiter, tätig. Die zahlreichen Gäste wünschten dem Jubilar Gesundheit, Glück und Spaß an einem weiterhin aktiven Ruhestand.

Waren früher bei entsprechenden Anlässen auch offizielle Vertreter der Justizverwaltung anwesend, so vollzogen sich die Feierlichkeiten zum Eintritt in das 8. Lebensjahrzehnt ganz auf privater Grundlage. Geringe Anzeichen von Nervosität konnte **Bokermann** nicht unterdrücken, als er seine zahlreichen Gäste willkommenieß. Dabei meinte es das Wetter besonders gut mit dem Jubilar und Ostwestfalen. Die Sonne strahlte und erzeugte auch die notwendige Wärme, um sich schon zur Mittagszeit im Freien aufhalten zu können. Bei folkloristischen Klängen hatten die Gäste Gelegenheit sich kennenzulernen und ihre unterschiedliche Wahrnehmung der Persönlichkeit des Jubilars auszutauschen. Es war schon überaus interessant zu hören, wie der Jubilar in den unterschiedlichen Lebensbereichen auf Menschen wirkt.

Verlässlichkeit und Solidität als Markenzeichen

Als **Bokermann** 1961 in den Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen trat, stellte der beteiligte Vollzugspsychologe voraus-



Wilhelm Bokermann freute sich über eine gelungene, kurzweilige Feier seines 70. Geburtstages.



BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel (li.): „Wir können uns froh und glücklich schätzen, dass Sie, lieber Herr Bokermann, uns weiter als fachkompetenter Ratgeber zur Verfügung stehen.“

schauend fest, dass mit dem Jubilar ein junger Mann mit ausgeprägtem Selbstbewusstsein in den Strafvollzug strebe, wo er sich überaus nützlich machen werde.

Nach der Ausbildung für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst war **Bokermann** zunächst in unterschiedlichen Vollzugseinrichtungen tätig, bevor er Ende der 1960er Jahre an die Gefangenenlager Oberems und Haftanstalt Bielefeld versetzt wurde, wo er bis zum Ausscheiden aus dem aktiven Dienst wirkte. Was **Bokermann** seinen Gesprächspartnern jeweils vermittelte, waren Verlässlichkeit und Solidität, also Eigenschaften, die besonders bei den bodenständigen Ostwestfalen gut ankommen.

Der Meinungs austausch mit ihm wurde deshalb meist als angenehm und hilfreich empfunden. Selbst bei mitunter abweichenden Positionen war das Bemühen des Jubilars spürbar, Meinungsgegensätze zusammenzuführen, ohne dabei selbstgesteckte Ziele aus den Augen zu verlieren.

Bei den Kolleginnen und Kollegen hat sich **Wilhelm Bokermann** durch seinen rückhaltlosen Einsatz, für den Vollzug und dessen Beschäftigte das Optimale zu errei-

chen, Anerkennung und großen Respekt erworben. **BSBD**-Chef **Klaus Jäkel** würdigte die herausragenden gewerkschaftlichen Leistungen des Jubilars: „Lieber Herr **Bokermann**, wir kennen uns bereits seit vielen Jahren. In vielen gewerkschaftlichen Funktionen war ich Ihr Nachfolger, sodass ich mit Fug und Recht feststellen darf, dass ich stets ein gut bestelltes Feld übernehmen konnte. Ich selbst habe Sie als engagierten, kompetenten Verfechter der Interessen der Strafvollzugsbediensteten kennen- und schätzen gelernt. Für den Bereich des Strafvollzuges sind Sie ein Glücksfall“.

Verankerung im DBB als Basis der BSBD-Erfolge

Seit 1977 gehörte **Bokermann** dem geschäftsführenden Landesvorstand zunächst als stellvertretender Vorsitzender, seit 1995 als Vorsitzender an. Als Rechtsschutzbeauftragter hat er sich in Hunderten von Einzelfällen, hinter denen jeweils Ängste und Nöte oder berechnete Individualinteressen standen, in äußerst arbeitsintensivem und Freizeit beanspruchendem Einsatz dafür eingesetzt, die Gewerkschaftsmitglieder mit dem notwendigen rechtlichen Beistand zu versehen. Er hatte damit wesentlichen Anteil daran, dass gerade das Eintreten der gewerkschaftlichen Gemeinschaft für den einzelnen im **BSBD** einen hohen Stellenwert einnimmt. Darüber entwickelte **Bokermann** den Rechtsschutz zu einem Instrument, mit dem gewerkschaftliche Anliegen und Absichten sachgerechten Lösungen zugeführt werden konnten. Nicht zuletzt den Betroffenen wird durch den Rechtsschutz des **BSBD** verdeutlicht, dass sie Dienstherren-Interessen im Konfliktfall nicht schutzlos ausgeliefert sind, sondern sich auf die fachlich qualifizierte Unterstützung ihrer Gewerkschaft verlassen können.

Viele Kolleginnen und Kollegen, die den Jubilar als hilfreichen Ratgeber kennen gelernt haben, wussten dessen persönlichen Einsatz zu schätzen, mit dem er sich jedem Einzelfall widmete.

Seit 1979 gehörte **Bokermann** auch dem Hauptvorstand des **DBB**-Landesbundes NW an und wurde 1981 als stellvertretendes Mitglied in die Rechtsschutzkommission gewählt. Dank seiner zupackenden, argumentierfreudigen Art setzte er sich in diesen Gremien erfolgreich für die Interessen der Strafvollzugsbediensteten ein. In diesen Entscheidungsgremien des Deutschen Beamtenbundes erwarb er sich Achtung und Respekt. Die Arbeit in diesen Gremien nutzte er, um Verbindungen und Kontakte zu knüpfen, die wesentlich dazu beitrugen, dass der **BSBD** in der Gemeinschaft der **DBB**-Fachgewerkschaften verankert wurde und sich auf die solidarische Unterstützung des **DBB** verlassen konnte. Diese intensive Zusammenarbeit mit der gewerkschaftlichen Dachorganisation ist nach Einschätzung des Jubilars mitentscheidend dafür gewesen, dass in den 1990er Jahren die Besoldungsstrukturen

für die Strafvollzugsbediensteten so nachhaltig verbessert werden konnten.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit keine Worthülse

Die Arbeit in den Personalvertretungen hat **Bokermann** immer als Möglichkeit empfunden, neben der gewerkschaftlichen Arbeit für die Gesamtinteressen der Strafvollzugsbediensteten für die Einzelfallgerechtigkeit einzutreten. Bis 1987 war der Jubilar Mitglied des Bezirkspersonalrat beim Präsidenten des Justizvollzugsamts Westfalen-Lippe. 1987 wurde er in den Hauptpersonalrat beim Justizministerium gewählt, dem er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand angehörte. In diesen Mitbestimmungsgremien erfuhr **Wilhelm Bokermann** wegen seiner Aufrichtigkeit, Gradlinigkeit und Kalkulierbarkeit besondere Wertschätzung.

Diese Wesensmerkmale machen ihn bis auf den heutigen Tag für viele zu einem

auch für die Familie des Jubilars: „Wer einmal in dem Umfang wie Sie, lieber Herr **Bokermann**, in Beruf und ehrenamtliche Tätigkeiten eingespannt war, kann dies nicht ohne das Entgegenkommen, das Verständnis und die Mithilfe der Ehefrau, der Familie, der engsten Vertrauten und Freunde leisten. Dass Sie in dieser Hinsicht den Rückhalt und das Verständnis Ihrer Gattin gefunden haben, war ein Glück für den **BSBD**. Hierfür möchte ich mich namens des Bundes der Strafvollzugsbediensteten nochmals herzlich bedanken.“

Der private Bokermann ist auch ganz unterhaltsam

Eine andere Seite des Jubilars stellte **Friedhelm Sanker** den Gästen vor: „Ich darf Ihnen etwas vom privaten **Wilhelm Bokermann** sagen; allerdings ohne Anekdoten und tiefeschürfende Enthüllungen. Sie brauchen also nicht den Atem anzu-



Auch der ehemalige Präsident des Justizvollzugsamtes Rheinland, Dr. Klaus Koepsel, hier im Gespräch mit dem BSBD-Landesvorsitzenden Klaus Jäkel (li.), hatte des Weg nach Ostwestfalen nicht gescheut, um Wilhelm Bokermann persönlich zu gratulieren.

vertrauenswürdigen Gesprächspartner und redlichen Makler für ihre Interessen. Dass **Wilhelm Bokermann** wegen seiner großen Fachkompetenz und der Deutlichkeit, mit der er auch „heiße Eisen“ anzufassen pflegt, zu einem unbequemen Verhandlungspartner werden kann, hat der eine oder andere erfahren müssen. Dabei ging und geht es ihm stets um die Sache und ihre Bewertung, nicht jedoch um die Pflege von Vorurteilen oder gar Eitelkeiten. Dass **Wilhelm Bokermann** über ein hohes Maß an Integrationsfähigkeit verfügt, in der Lage ist, abweichende Positionen und Auffassung miteinander zu versöhnen, hat er sowohl in der Gewerkschaftsarbeit als auch im beruflichen wie privaten Alltag vielfach unter Beweis gestellt.

Ein besonderes Wort des Dankes fand **BSBD**-Landesvorsitzender **Klaus Jäkel**

halten und auch nicht nervös zu werden. Ich werde versuchen, weder Unpassendes noch Unschickliches aus dem Leben des Jubilars zu berichten. Ich weiß überhaupt nicht, ob es dort Derartiges zu finden gibt. Ich hoffe, dass sich etwas Aufregendes finden ließe, denn das Menschsein hat **Wilhelm Bokermann** immer große Freude bereitet.

Sie sehen das, ganz unspektakulär, bereits an der Art wie er lächelt, mit Augen, die blitzenden Schalk ausstrahlen und auch eine gewisse Listigkeit nicht unterdrücken wollen. Sie können es merken, wenn Sie die Signale der Vorfriede und Kennerschaft beobachten, mit denen er sich einem guten Glas Wein nähert. Überzeugt wären Sie, wenn Sie **Wilhelm Bokermann** bei der Beeinflussung seiner Mitmenschen einmal in Aktion erlebt hät-



Viele ehemalige Weggefährten hatten es sich nicht nehmen lassen, um Wilhelm Bokermann ihre Aufwartung zu machen.

ten. Wer mit solcher Lust Mensch ist, dem begegnet, wie kaum überraschen kann, auch sehr viel Menschliches. Wenn man mit **Wilhelm Bokermann** im Auto fährt, tritt vielfach eine egoistische Seite des Jubilars zutage. Ich erinnere mich an eine Fahrt nach Dresden. Termin um 15.00 Uhr, Abfahrt 7.30 Uhr. Normale Fahrzeit: 5 ½ Stunden. Willi am Volant. Bis Kassel kommen wir gut voran. Dann kommt von links der Vorschlag: „Wir haben viel Zeit. Lass uns über Nordhausen und Sangerhausen fahren.“ Trotz lauten Protestes, die

Autobahn nicht zu verlassen, ertönt die ekstatisch herausgestoßene Frage: „Wer sitzt am Steuer?“ Also fahren wir Landstraße.

Nach vier Stunden haben wir etwas mehr als 250 km zurückgelegt. Die gleiche Strecke liegt noch vor uns.

Jetzt hat auch **Wilhelm Bokermann** ein Einsehen, sucht die nächste Autobahn und treibt seinen Audi zur Höchstleistung. Trotzdem kommen wir natürlich nicht mehr rechtzeitig an.

Meine durchaus berechtigten Vorwürfe

quittiert er mit der Feststellung: „Nun stell Dich doch nicht so an!“

Die Eigenwilligkeit, mit der **Wilhelm Bokermann** Entscheidungen trifft und anschließend unbescholtene Mitbürger für die Folgen verantwortlich zu machen versucht, ist legendär. Fahrt nach Berlin an einem Freitagnachmittag. Hohes Verkehrsaufkommen und einige Staus auf der A2. Auf einen dieser Staus, die man besser ausgesessen hätte, reagiert er mit dem Setzen des Blinkers und dem Verlassen der Bahn. Meinen Hinweis, der Stau komme erst in 80 km, quittiert der Jubilar mit einem achselzuckenden: „Na und?“ Schon befinden wir uns in reizvoller Landschaft auf einsamen Landstraßen. Zahlreiche landwirtschaftliche Fahrzeuge scheinen ausschließlich abkommandiert zu sein, um unsere Durchschnittsgeschwindigkeit zu senken. Als die Damen im Fond unruhig werden, weil sie den geplanten Theaterbesuch in Gefahr wähen, kehrt Willi zur Autobahn zurück. Den Stau hat er im wahrsten Sinne des Wortes weiträumig umfahren. Meine ungläubige Frage „War das denn jetzt wieder nötig?“, beantwortet er mit einem unbelehrbaren: „Was soll's?“ Gottseidank hat er Respekt und, wie ich glaube, auch ein wenig Angst vor den Reaktionen seiner Ehefrau, sonst hätten wir an diesem Freitag unsere Theaterplätze nicht mehr rechtzeitig erreicht.

Ich hoffe, dass Du, lieber Wilhelm, dem BSBD noch lange als kompetenter Ratgeber zur Verfügung stehen wirst und wünsche Dir zu Deinem Ehrentag Gesundheit, persönliches Wohlergehen Glück und Zufriedenheit.“

Heute schon gelacht?

Schnelligkeit

„Ihr Hund soll den Briefträger gebissen haben“, wirft der Amtsrichter dem Beklagten vor. „Ausgeschlossen“, verteidigt sich dieser, „unser Hund tut keiner Fliege was zuleide!“ „Das glaube ich gerne“, entgegnet der Richter trocken, „Fliegen sind ja auch flinker als Postboten.“

*

Offenheit nicht immer gefragt

„In einem Gericht einer kleinen Stadt in den Südstaaten der USA rief der Anwalt des Klägers die erste Zeugin in den Zeugenstand. Eine ältere, großmütterliche Frau. Er ging auf sie zu und fragte sie: „Mrs. Jones, kennen Sie mich?“

Sie antwortete: „Ja, ich kenne Sie, Mr. Williams. Ich kenne Sie seit Sie ein kleiner Junge waren und offen gesagt, Sie haben mich sehr enttäuscht. Sie lügen, Sie betrügen Ihre Frau, Sie manipulieren die Leute und reden schlecht über sie hinter deren Rücken. Sie glauben, Sie sind ein bedeutender Mann, dabei haben Sie gerade mal so viel Verstand, um ein paar Blatt Papier zu bewegen. Ja, ich kenne Sie.“

Der Rechtsanwalt war sprachlos und wusste nicht, was er tun sollte, ging ein paar Schritte im Gerichtssaal hin und her und fragte die Zeugin dann: „Mrs. Jones, kennen Sie den Anwalt der Verteidigung?“

Sie antwortete: „Ja, ich kenne Mr. Bradley seit er ein junger Mann war. Er ist faul, tut aber immer fromm, dabei hat er ein Alkoholproblem. Er kann mit niemandem einen normalen Umgang pflegen und seine Anwaltskanzlei ist die schlechteste in der ganzen Provinz. Nicht zu vergessen, er betrügt seine Frau mit drei anderen Frauen, eine davon ist Ihre. Ja ich kenne ihn.“

Daraufhin rief der Richter die beiden Anwälte zu sich an den Richtertisch und sagte leise zu ihnen: „Wenn einer von Euch beiden Idioten die Frau jetzt fragt, ob sie mich auch kennt, schicke ich Euch beide wegen Beleidigung des Gerichts für vier Wochen ins Gefängnis!“

*

Glaubwürdigkeit

Der Richter zornig: „Angeklagter, warum erzählen Sie heute einen ganz anderen Sachverhalt als gestern?“ Angeklagter: „Sie haben mir gestern ja nicht geglaubt!“

*

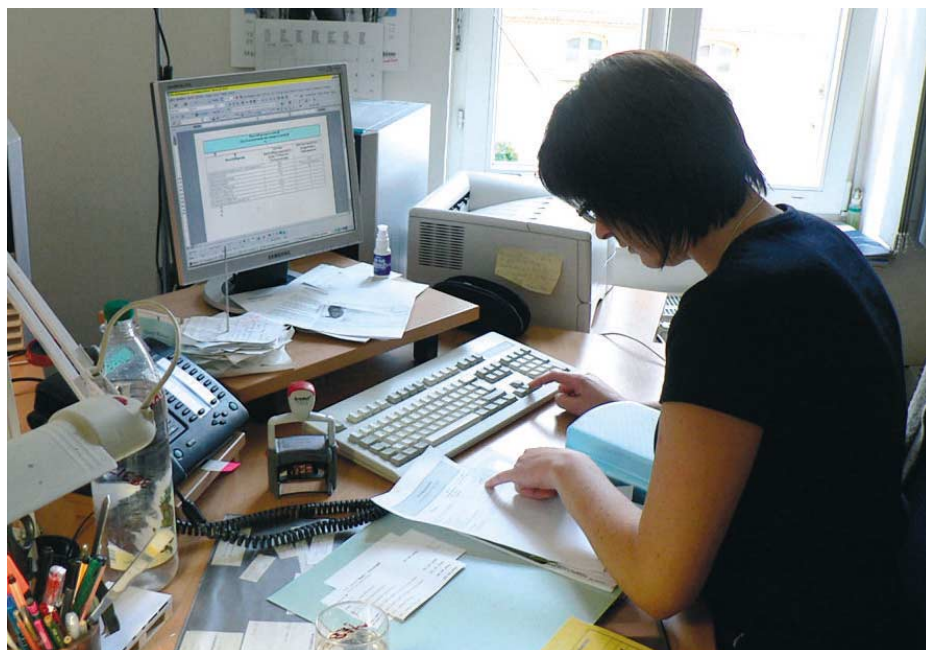
Ehrenamtlicher Besserwisser

Zwei Mütter unterhalten sich über ihre jugendlichen Sprösslinge: „Was will Ihr Sohn denn später einmal werden?“ „Rechtsanwalt! Er streitet gerne, mischt sich ständig in anderer Leute Angelegenheiten und weiß immer alles besser. Da habe ich ihm geraten, er soll sich das bezahlen lassen.“

Föderalismusreform schränkt
Flexibilität deutlich ein

Flickenteppich bei der Besoldung der Beamten

Bereits ein Jahr nach dem Kompetenzübergang bei der Besoldung zeichnet sich die Entstehung eines wahren Flickenteppichs mit unterschiedlichen Besoldungsstrukturen bei Bund und Ländern ab. Der Bund und die Regierungen der Länder nutzen die neuen Zuständigkeiten sehr unterschiedlich. Steht bei manchen Ländern die Haushaltskonsolidierung ganz oben auf der Prioritätenliste, lockern andere langsam die Sparsbremse. Dabei entspringt dieser Kurswechsel vermutlich nicht die Erkenntnis, dem öffentlichen Dienst in den zurückliegenden Jahren finanziell bereits zu viel zugemutet zu haben, sondern vielmehr der Absicht, bei den nächsten Wahlen nicht allzu viele Stimmen der Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu verlieren. Als erstes Land hat deshalb auch Bayern reagiert und die Besoldung der Beamten bereits zum 01. Oktober 2007 um 3 Prozent erhöht.



Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind es leid, dass die Politik sie stets nur als Kostenfaktor wahrnimmt. Sie verlangen jetzt nicht mehr und nicht weniger die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung.

Dieses Verhalten des Bundes- und der Landesgesetzgeber wird sich mittelfristig überaus nachteilig auf die Flexibilität auswirken. War es bislang relativ unproblematisch, die Dienstherrn zu wechseln, so wird dies künftig erheblich erschwert, weil sich eine deutlich unterschiedliche Besoldung insoweit hemmend auswirken wird. Welcher Hauptsekretär wird einen Wechsel aus Bayern nach Berlin ernsthaft erwägen können, wenn er dadurch bis zu 10 Prozent seines Einkommens verliert? Insoweit wirkt sich nachteilig aus, dass die Länder die Zuständigkeit für die Besoldung vorrangig nur deshalb angestrebt haben, um zur Entlastung ihrer Haushalte Besoldungsrestriktionen durchsetzen zu können. Vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit wähten sie sich in einer komfortablen Situation. So durfte das Streichen und Sparen bei den Einkommen der Beamten, weil beim Normalbürger äußerst populär, auf das Wohlwollen der veröffentlichten Meinung rechnen. Nachdem allerdings im letzten Jahr die Wirtschaft angesprungen und die Arbeitslosigkeit deutlich zu-

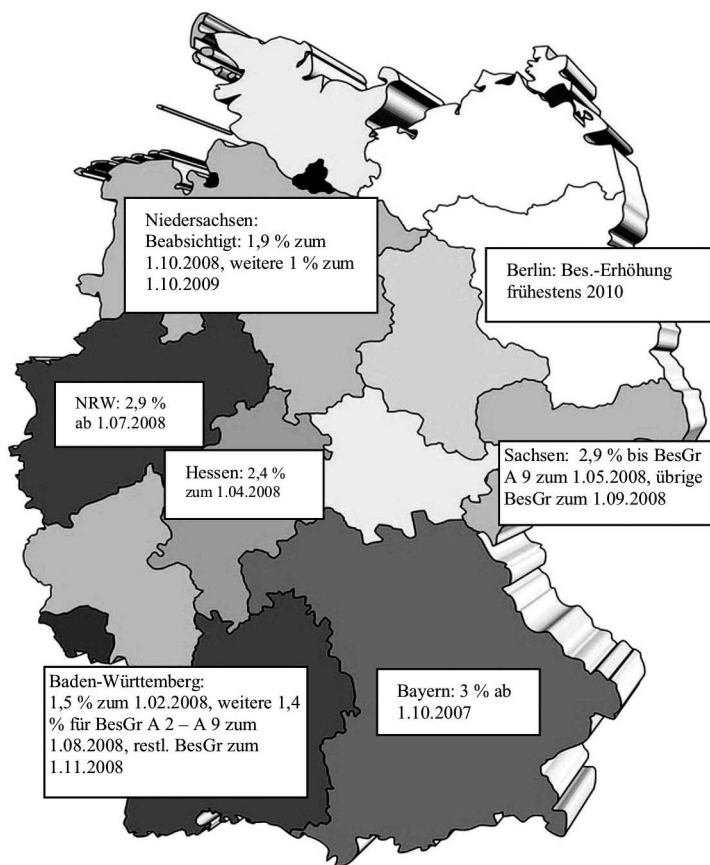
rückgegangen ist, hat sich die Lage gravierend gewandelt. Überdurchschnittlich qualifizierte Nachwuchskräfte werden langsam knapp auf dem Arbeitsmarkt. Der Kampf um die besten Köpfe nimmt langsam Formen an. Dem ein oder anderen Finanzminister schwant bereits, dass es sich mittelfristig als schwerer Fehler erweisen könnte, die Zuständigkeit für die Besoldung nicht beim Bund belassen zu haben. Sowohl **DBB** als auch der **BSBD** haben rechtzeitig und nachdrücklich vor dieser Entwicklung gewarnt.

Gerade die kleineren Gebietskörperschaften dürften über kurz oder lang Schwierigkeiten bekommen, ihre Stellen angemessen besetzen zu können, wenn sie mit der Wirtschaft und finanzkräftigeren Dienstherrn um die knappen Nachwuchskräfte konkurrieren müssen.

Hinzu tritt die negative Entwicklung bei den zahlreichen Privatisierungen der zurückliegenden Jahre. Viele dieser Einzelmaßnahmen haben sich zwischenzeitlich als absolute Fehlentscheidungen erwiesen. Auf Kosten des Steuerzahlers sind vielfach Prestigeobjekte realisiert worden, die der neoliberalen Ideologie sicher mehr verpflichtet waren, als dem sparsamen Umgang mit dem Steuergroschen des Bürgers.

Auch vor dem Strafvollzug hat diese Entwicklung nicht Halt gemacht. Im hessischen Hünfeld ist ein Vorzeigeprojekt aus dem Boden gestampft worden, das derzeit mit großen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat.

Die Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des Einsatzes privater Dienstleister im Strafvollzug wurde sehr großzügig ausgelegt, damit im Strafvollzug überhaupt in einem nennenswerten Umfang privatisiert werden kann. Und wenn sich im Kostenvergleich erweist, dass die vergleichbare staatliche Einrichtung deutlich günstiger arbeitet als der Privatanbieter, dann werden die Zahlen geschönt, dann wird getrickt und interpretiert, weil nicht



sein kann, was nicht sein darf. Bei einem solchen Vorgehen ist es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung einer Forsa-Umfrage zufolge Privatisierungen mehrheitlich ablehnt.

Politik muss soziale Verantwortung wieder wahrnehmen

Bei allen Überlegungen, die die Politik im Hinblick auf die künftige Gestaltung des Dienst- und des Besoldungsrechts anstellt, sollte ihr bewusst sein, dass sie auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den öffentlich Beschäftigten hat. Nach Einschätzung des **BSBD** darf es nicht allein Aufgabe der Gewerkschaften sein, angemessene Rahmenbedingungen und Einkommen im öffentlichen Dienst zu erzwingen. Der Staat, der für den Bürger durch die öffentlich Beschäftigten erkenn- und erfahrbar wird, muss sich wieder verantwortlich fühlen für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und muss ihnen gegenüber auch eine soziale Verpflichtung verspüren.

Wie die öffentlich Beschäftigten auf ihre Dienstherren angewiesen sind, so sind die Dienstherren abhängig von ihren Mitarbeitern. Denn erst durch sie werden politische Vorgaben und Entscheidungen für die Gesellschaft konkret, transparent und nachvollziehbar. Die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind es, die Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Sicherheit für die Gesellschaft gewährleisten und garantieren. Nach Auffassung des **BSBD** steht es der Politik gut an, sich dieser Grundwahrheiten wieder bewusst zu werden und daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Spitzenleistungen können nur dann dauerhaft erwartet werden, wenn die Politik bereit ist, diese Leistungen auch angemessen zu honorieren.

Den Schlüssel zu einer sachgerechten Personalpolitik sieht der **BSBD** bei der Ausbildung und Ausgestaltung der personellen Rahmenbedingungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Der öffentliche Dienst hat wegen der Sparmaßnah-

Besuchen Sie uns im Internet

www.bsbd-nrw.de

Redaktionschluss

für die nächste Ausgabe

15. September

men zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen in den zurückliegenden fünf Jahren schwer gelitten. Zusätzlich treibt er auf ein demographisches Problem zu. In den nächsten Jahren werden zahlreiche Spitzenkräfte in den Ruhestand treten, ohne sie angemessen und gleichwertig ersetzt werden könnten. Für viele hervorragend ausgebildete Nachwuchskräfte sind die

Besoldungs- und Karrieremodalitäten jetzt schon nicht mehr attraktiv genug. Es ist daher an der Zeit, das Ruder herumzuwerfen und wieder in das Personal zu investieren. Nach Meinung der **Gewerkschaft Strafvollzug** wäre die Politik gut beraten, die Nachwuchsgewinnung nicht als bloßen Kostenfaktor, sondern als Zukunftsinvestition zu sehen.

Heute schon gelacht?

Unorthodoxe Methoden

Die folgende Geschichte hat sich während einer Physikprüfung an der Universität von Kopenhagen tatsächlich zugetragen. Die Frage: 'Beschreiben Sie, wie man die Höhe eines Wolkenkratzers mit einem Barometer feststellt.'

Ein Kursteilnehmer antwortete: „Sie binden ein langes Stück Schnur an den Ansatz des Barometers, senken dann das Barometer vom Dach des Wolkenkratzers zum Boden. Die Länge der Schnur plus die Länge des Barometers entspricht exakt der Höhe des Gebäudes.“

Diese hochgradig originelle Antwort enttäuschte den Prüfer dermaßen, dass der Kursteilnehmer sofort entlassen wurde. Dieser appellierte an seine Grundrechte, mit der Begründung, dass seine Antwort unbestreitbar korrekt sei. Die Universität ernannte einen unabhängigen Schiedsrichter, um den Fall zu klären. Der Schiedsrichter urteilte, dass die Antwort in der Tat korrekt sei, aber kein wahrnehmbares Wissen von Physik zeige. Um das Problem zu lösen, wurde entschieden, den Kursteilnehmer nochmals herein zu bitten und ihm sechs Minuten zuzugestehen, in denen er eine mündliche Antwort geben sollte, die mindestens eine minimale Vertrautheit mit den Grundprinzipien von Physik beinhaltet. Fünf Minuten saß der Kursteilnehmer still, den Kopf nach vorne gebeugt und in Gedanken versunken. Der Schiedsrichter erinnerte ihn, dass die Zeit voranschreite. Der Kursteilnehmer antwortete, dass er einige extrem relevante Antworten könne, aber sich nicht entscheiden könne, welche er verwenden solle. Als ihm geraten wurde, sich zu beeilen, antwortete er wie folgt:

„Erstens könnten Sie das Barometer bis zum Dach des Wolkenkratzers nehmen,

es über den Rand fallen lassen und die Zeit messen die es braucht, um den Boden zu erreichen. Die Höhe des Gebäudes kann mit der Formel $H=0.5 \cdot t^2$ im Quadrat berechnet werden. Der Barometer wäre allerdings dahin! Oder, falls die Sonne scheint, könnten Sie die Höhe des Barometers messen, es hochstellen und die Länge seines Schattens messen. Dann messen Sie die Länge des Schattens des Wolkenkratzers; anschließend ist es eine einfache Sache, anhand der proportionalen Arithmetik die Höhe des Wolkenkratzers zu berechnen. Wenn Sie aber in einem hohen Grade wissenschaftlich sein wollten, könnten Sie ein kurzes Stück Schnur an das Barometer binden und es schwingen lassen wie ein Pendel, zuerst auf dem Boden und dann auf dem Dach des Wolkenkratzers. Die Höhe entspricht der Abweichung der gravitativen Wiederherstellungskraft $T=2 \cdot \pi \cdot \sqrt{l/g}$ im Quadrat (l/g). Oder, wenn der Wolkenkratzer eine äußere Nottreppe besitzt, würde es am einfachsten gehen da hinauf zu steigen, die Höhe des Wolkenkratzers in Barometerlängen abzuhaken und oben zusammenzählen. Wenn Sie aber bloß eine langweilige und orthodoxe Lösung wünschen, dann können Sie selbstverständlich den Barometer benutzen, um den Luftdruck auf dem Dach des Wolkenkratzers und auf dem Grund zu messen und der Unterschied bezüglich der Millibare umzuwandeln, um die Höhe des Gebäudes zu berechnen. Aber, da wir ständig aufgefordert werden die Unabhängigkeit des Verstandes zu üben und wissenschaftliche Methoden anzuwenden, würde es ohne Zweifel viel einfacher sein, an der Tür des Hausmeisters zu klopfen und ihm zu sagen: Wenn Sie einen netten neuen Barometer möchten, gebe ich Ihnen diesen hier, vorausgesetzt Sie sagen mir die Höhe dieses Wolkenkratzers.“

Der Kursteilnehmer war Niels Bohr, der erste Däne, der den Nobelpreis für Physik erhielt.



Die Vollzugeinrichtung im nordhessischen Hünfeld ist ein exemplarisches Beispiel dafür, dass Privatisierungsabsichten dem Steuerzahler oftmals teuer zu stehen kommen. Insoweit mahnt der **BSBD** einen professionelleren Umgang mit dem Geld der Bürger an.

Einkommensverbesserungen für 2008 unzureichend!

dbb nrw und BSBD verlangen Besoldungsnachschlag

Nach dem Willen der Landesregierung wird die Besoldung der nordrhein-westfälischen Beamten mit Wirkung vom 01. Juli 2008 um 2,9 Prozent angepasst. Damit verlangt die Regierung den Beamten abermals ein Sonderopfer ab, nachdem die Einkommensanpassung für die Tarifbeschäftigten bereits zum 01. Januar 2008 erfolgt ist. Bereits im Vorfeld dieser Entwicklung haben dbb nrw und BSBD von der Landesregierung einen finanziellen Nachschlag für das laufende Jahr verlangt, um die dauerhafte Abkoppelung der Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung endlich zu beenden. Zwischenzeitlich halten mehrere Verwaltungsgerichte des Landes die Verweigerungshaltung der Landesregierung für nicht mehr verfassungskonform. Sie haben diese Rechtsfrage deshalb dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zur Entscheidung vorgelegt.

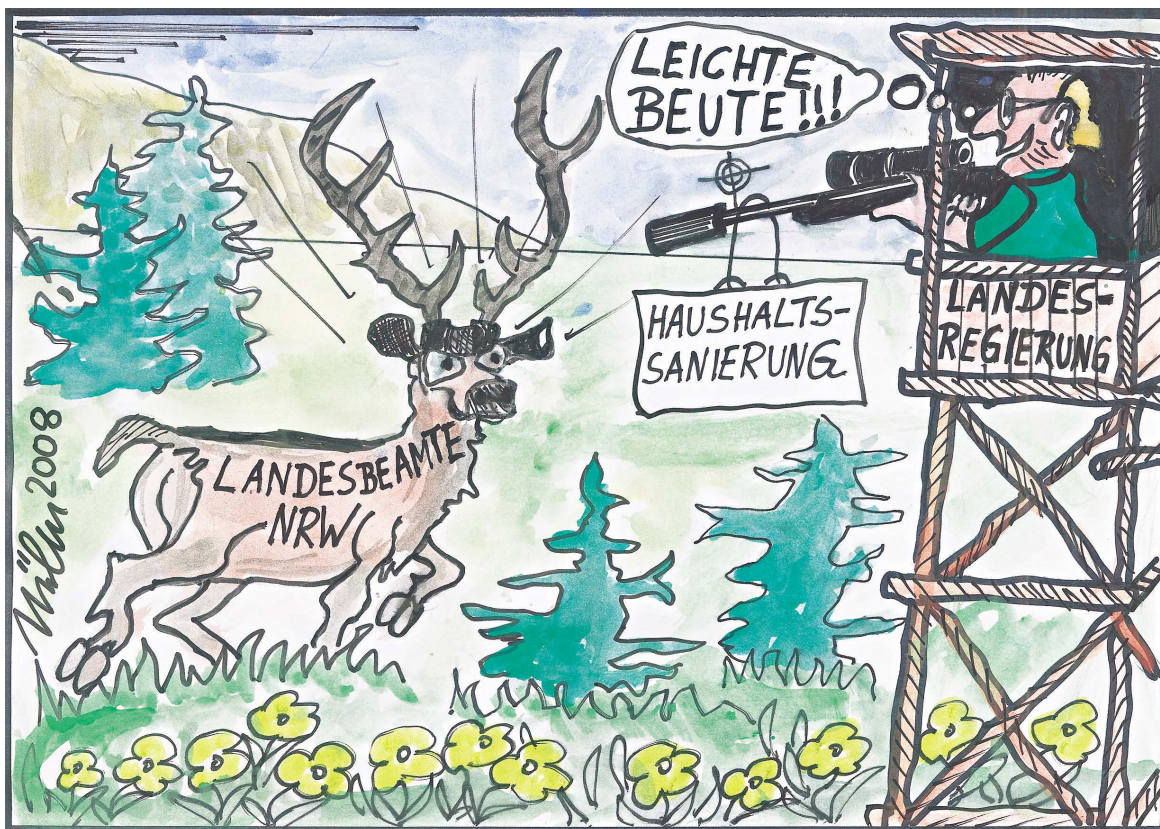
Wie ignorant muss eine Regierung sein, um ihre Beschäftigten finanziell derart auszubluten, dass selbst die Gerichte der Auffassung sind, dass nunmehr ein verfassungswidriger Zustand eingetreten ist? Zwischenzeitlich vermögen sich die Kolleginnen und Kollegen kaum noch mit dem Aphorismus eines polnischen Diplomaten zu trösten, der einmal formulierte: „Das Maß der Ungerechtigkeit befindet sich stets in den richtigen Händen!“

In den nordrhein-westfälischen Amtsstuben machen sich Frust und Unmut breit. Seit annähernd fünf Jahren hat es nicht nur keine Besoldungserhöhungen mehr gegeben, nein, die Landesregierung hat die seinerzeit schlechte Konjunkturlage mit Hilfe der öffentlichen Meinung genutzt, um kräftig und rücksichtslos Sparbeiträge bei den Beamten einzusammeln. Jahr für Jahr haben die Beamten seither mit mehr als 2 Milliarden Euro zur Haushaltssanierung beigetragen.

Keiner anderen Bevölkerungsgruppe sind derartige Belastungen zugemutet worden. Bei einer Preissteigerungsrate von mehr



Für Anfang 2009 zeichnet sich eine harte Tarifaueinandersetzung ab. Die Arbeitgeberseite wird die Gewerkschaften vorbereitet und kampfbereit finden, denn bei diesen Verhandlungen wird es darum gehen, die Abkoppelung des öffentlichen Dienstes von der allgemeinen Einkommensentwicklung zu beenden.



BSBD-Karikatur: Möbis

als 3 Prozent befinden sich viele Beamtenfamilie in finanziellen Schwierigkeiten. Dies gilt besonders, wenn noch ein Haus abzuzahlen oder die Ausbildung der Kinder zu finanzieren ist. Weil die Landesregierung immer noch kein Einsehen hat und auch in diesem Jahr den Gleichklang der Einkommensanpassung der Beschäftigtengruppen vermeidet, sind die meisten Beamten mit ihrer Geduld am Ende.

Einmalzahlung für 2008 im Herbst in Aussicht?

Auf allen politischen Ebenen sind dbb nrw und BSBD des-



Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) will das Ergebnis der Tarifverhandlungen 2009 zeit- und wirkungsgleich auf den Beamten- und Versorgungsbereich übertragen.

halb dafür eingetreten, den Beamten einen Einkommensnachschlag für 2008 zu zahlen. Konkret verlangt der **BSBD** die Erhöhung des Weihnachtsgeldes auf mindestens 50 Prozent des Dezembergehaltes. Vor dem Regierungswechsel im Jahre 2005 haben die jetzigen Koalitionsparteien von CDU und FDP versprochen, die schon bis dahin exorbitanten Sonderopfer der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sofort nach der Regierungsübernahme beenden zu wollen. Stattdessen gerieten die Kolleginnen und Kollegen vom Regen unter Umgehung der Traufe direkt in einen noch größeren Schlamassel. Was sie mit der Abwahl von Rot-Grün für beendet gehalten hatten, wurde von der neuen Schwarz-Gelben Landesregierung konsequent fortgeführt. Als wohlfeiles Argument musste herhalten: „Wir haben uns die finanzielle Lage des Landes nicht derart dramatisch vorgestellt. Die Haushaltslage zwingt uns gerade dazu, unsere Zusagen von vor der Wahl zurückzunehmen“. Bislang sind die gewerkschaftlichen Initiativen ohne den angestrebten Erfolg geblieben. In Verhandlungen mit Finanzminister **Dr. Linssen** hat dieser zwar ausdrücklich gewürdigt, dass die Beamten und Pensionäre einen außerordentlich hohen Beitrag zur Sanierung des Landeshaushalts geleistet hätten. Er sah jedoch keinen finanziellen Spielraum, um der Nachschlagsforderung von **dbb nrw** und **BSBD** entsprechen zu können. Vage deutete der Finanzminister lediglich an, dass über ei-

ne Einmalzahlung für 2008 im Herbst des Jahres nachgedacht und befunden werden könne, wenn die aktuellen Steuer-

Vergleich Bund - Land NRW für 2008

Besoldungsgruppe				Differenz		
				im Jahr	monatl.	in %
A 7	Stufe	4	-986,58	-82,21	-4,2%	
A 11	Stufe	9	-1.206,06	-100,50	-3,2%	
A 13	Stufe	12	-1.394,88	-116,24	-2,8%	
A 16	Stufe	10	-1.629,72	-135,81	-2,6%	

Kontroverse Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten zeichnen sich ab

In den Verhandlungen mit dem Finanzminister des Landes sind auch die für Anfang 2009 anstehenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Bundesländer angesprochen worden. **Dr. Helmut Linssen** (CDU) vertrat die Auffassung, dass sich die Auseinandersetzung durchaus schwierig gestalten könne. Es sei auch davon auszugehen, dass sowohl Gehaltsanpassung als auch die Arbeitszeit Verhandlungsgegenstand würden. Seitens der Arbeitgeber, dies zeichne sich ab, werde angestrebt, die Arbeitszeit von Tarifbeschäftigten und Beamten auf dem Niveau der Beamten zu harmonisieren. Mit einer monatelangen Verhandlungsdauer rechnet der Minister allerdings

schätzungen auf dem Tisch lägen. Erst wenn sich hier ein deutliches Steuerplus ergäbe, könne seriös über die Gewerkschaftsforderung entschieden werden.

Bund überträgt Tarifabschluss auf den Beamtenbereich

Der Deutsche Bundestag hat am 29. Mai 2008 das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2008/2009 verabschiedet. Die Bundesbeamten und Versorgungsempfänger erhalten damit ab 01. Januar 2008 einen monatlichen Sockelbetrag von 50 Euro und eine lineare Gehaltsanpassung von 3,1 Prozent. Im Jahre 2009 steigen die Einkommen nochmals um linear 2,8 Prozent.

Daneben erhalten Beamte und Versorgungsempfänger eine Einmalzahlung in Höhe von 225 Euro. Damit hat der Bund Wort gehalten und den Tarifabschluss für die Beschäftigten des Bundes zeit- und inhaltsgleich auf den Beamten- und Versorgungsbereich übertragen.

So berechtigt die Anpassung der Einkommen im Bund auch ist, so hat sie doch das Auseinanderdriften der Besoldung und Versorgung beschleunigt. Die Entwicklung wird sich über kurz oder lang nachteilig auswirken, wenn es für Bund und Länder in den kommenden Jahren darum gehen wird, die durch Altersabgänge freierwerdenden Stellen erneut zu besetzen. Die Unterschiede in der Besoldung werden speziell die Länder in eine schwierige Lage bringen, wenn sie untereinander und mit der Wirtschaft um eine überschaubare Zahl von Nachwuchskräften konkurrieren müssen.

nicht. Auf Arbeitgeberseite besteht wieder mehr Einigkeit. Der Flächentarifvertrag hat unter den Arbeitgebern wieder neue Anhänger gefunden. Trotzdem werden sich die Verhandlungen kontrovers gestalten. Die Gewerkschaften werden all ihre Kräfte bündeln müssen, um ein akzeptables Ergebnis zu erkämpfen. Eines sollte den Arbeitgebern allerdings von vornherein klar sein: Ein Abschluss unter dem Ergebnis des Bundes wird unter keinen Umständen die Zustimmung der betroffenen finden.

In einem Punkte sorgte Minister **Dr. Linssen** jedoch für Klarheit. **Es ist sein erklärtes Ziel und auch das des Ministerpräsidenten, das Ergebnis des zu vereinba-**

renden Tarifvertrages für die Arbeitnehmer der Länder (TV-L) im Rahmen des erforderlichen Gesetzgebungsverfahrens zeit- und wirkungsgleich auf den Beamten- und Versorgungsbereich zu übertragen.

Strafvollzugsbedienstete leiden unter Überlastung und gravierenden Einkommenseinbußen

Alle Beschäftigten des Strafvollzuges sind nachhaltig von den Einkommenseinbußen der zurückliegenden Jahre betroffen. Zusätzlich macht sich in diesem Bereich ein deutlicher Personalmangel bemerkbar, der die Mehrarbeitsstunden sprunghaft hat hochschnellen lassen. Eingetreten ist diese Mangelsituation, weil der Strafvollzug unter Rot-Grün – von wenigen Ausnahmen abgesehen – vom pauschalen Personalabbau betroffen war. Da spielte es keine Rolle, dass im Strafvollzug soziale Arbeit am und mit Menschen geleistet wird. Für die Verantwortlichen von Rot-Grün war es auch kein Problem, Gefangene am Freitagmittag einzuschließen

und – von der kustodialen Versorgung einmal abgesehen – bis zum Montagmorgen nicht mehr zu betreuen.

Hier hat Schwarz-Gelb sofort nach Regierungsübernahme den erforderlichen Kurswechsel vorgenommen und auf weitere Personaleinsparungen im Strafvollzug verzichtet. Nach dem schrecklichen Foltermord von Sieburg hat besonders der Jugendvollzug von der Einstellungsoffensive des Jahres 2007 profitiert, obwohl sich dieser Personalzugang erst in den Jahren 2009/10 entlastend auswirken wird, weil die eingestellten Kräfte zunächst ihre Ausbildung absolvieren müssen.

Der Personalbedarf in den Einrichtungen des Erwachsenenvollzuges ist allerdings noch nicht ansatzweise befriedigt. Folglich ist es auch nicht verwunderlich, dass mit der Ausweitung der Betreuung der Gefangenen die Mehrarbeitsstunden wieder deutlich ansteigen. Damit sind die Strafvollzugsbediensteten in zweierlei Hinsicht gebeutelt. Einerseits wird ihnen die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung vorenthalten, andererseits werden sie psychisch und physisch überlas-

set, was mittelfristig nicht ohne Auswirkungen auf ihre Einsatzfähigkeit bleiben kann.

Es ist verständlich, dass jene Belastungen, die aus dem Personalmangel resultieren, nicht kurzfristig behoben und abgebaut werden können. Als hilfreich würden es die Betroffenen allerdings ansehen und empfinden, wenn die geleisteten Mehrarbeitsstunden finanziell ausgeglichen werden könnten. Hierdurch würde sich zwar die Belastungssituation nicht verbessern, doch müssten sich die Betroffenen weniger Sorgen darüber machen, wie sie mit ihrem stagnierenden Gehalt den sprunghaften Anstieg der Kosten für Energie und Lebenshaltung finanzieren können.

Der **BSBD** ist deshalb an den Finanzminister des Landes mit der Forderung herantreten, für die Auszahlung der Mehrarbeitsstunden zusätzliche Mittelkontingente zur Verfügung zu stellen. Zur grundlegenden Lösung der Personalmisere des Strafvollzuges wird die Landesregierung mittelfristig allerdings nicht umhin kommen, den Strafvollzug aufgabenangemessen mit Personal auszustatten.

Ortsverband Bielefeld-Oberems

Helmut Gauseweg in den Ruhestand verabschiedet

Mit Ablauf des Monats November 2007 ist Helmut Gauseweg in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Der BSBD-Ortsverband verabschiedete ihn im Rahmen einer Mitgliederversammlung. Gauseweg, gelernter Bäcker, trat seinen Dienst in der JVA Bielefeld-Senne am 01. Oktober 1974. Nach einer Phase der Orientierung in dem schwierigen Arbeitsfeld Strafvollzug organisierte er sich gewerkschaftlich im BSBD, weil er zu der fachgewerkschaftlichen Vertreter der Berufsgruppenminderheiten der Strafvollzugsbediensteten keine vernünftige Alternative sah. Nach Ausbildung und Laufbahnprüfung war Helmut Gauseweg zunächst in der Außenstelle Oelde, dann in der Kammer des Hafthauses Senne und abschließend überwiegend im Fahrdienst tätig.



Helmut Gauseweg (Mi.) beschlich ein Gefühl von Wehmut, als ihn der Vorstand des Ortsverbandes und BSBD-Landeschef Klaus Jäkel (3. von li.) in den Ruhestand verabschiedeten.

Bei den Kolleginnen und Kollegen erwarb sich **Helmut Gauseweg** recht schnell den Ruf eines hilfsbereiten, verlässlichen und überaus engagierten Mitarbeiters. Die Menschlichkeit, die den Jubilar auszeichnet, wird in besonderer Weise geschätzt. Dieser Charakterzug war sicherlich mitentscheidend dafür, dass **Helmut Gauseweg** seit Mitte der 1980er Jahre ununterbrochen in den Personalrat bei der JVA Bielefeld-Senne gewählt wurde. In dem Mitbestimmungsgremium war er stets um einen gerechten Interessenausgleich bemüht, bei dem die Belange der Beschäftigten nicht zu kurz kommen durften.

Seit Mitte 1980er Jahre engagierte sich der Jubilar auch im Vorstand des **BSBD**-Ortsverbandes Bielefeld-Oberems. Lange Zeit fungierte er als stellvertretender Vorsitzender der **BSBD**-Untergliederung. In dieser Funktion war er mit der Planung und Organisation von Seminaren und Gemeinschaftsfahrten betraut. Die durch ihn organisierten Fahrten und Veranstaltungen, die durch professionelle Vorbereitung überzeugten, boten lange Gesprächsstoff in der Dienststelle und wirkten sich überaus positiv auf die Pflege der Mitglieder aus. Während seiner über dreißigjährigen Tätigkeit im und für den Strafvollzug ver-

folgte **Helmut Gauseweg** beharrlich das Ziel, das soziale Ansehen des öffentlichen Dienstes und hier speziell das der Strafvollzugsbediensteten in der Öffentlichkeit zu verbessern. Das Festhalten am Bewährten und die Aufgeschlossenheit gegenüber sinnvollen Fort- und Weiterentwicklungen prägten die Einstellung des Jubilars sowohl zum Dienst als auch zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Dank seiner Kompetenz und seiner Fähigkeit, in festgefahrenen Situationen integrativ wirken zu können, wurde **Helmut Gauseweg** stets gerufen, wenn es eines entscheidenden Impulses zur Lösung

schwieriger Problemlagen bedurfte. Sein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein, seine Bescheidenheit und seine Lebenswürdigkeit sind es, die den Jubilar für viele zu einem gefragten Ratgeber und verlässlichen Wegbegleiter machen. **Helmut Gauseweg** kämpfte immer nur um der Sache willen.

Imponiergehabe und Selbstdarstellung sind seine Sache nicht. Es ging ihm nie um persönlichen Gewinn, sondern stets um die Verbesserung der Besoldungs- und Laufbahnstrukturen für die Kolleginnen und Kollegen.

Der Ortsverband wünscht **Helmut Gauseweg** für den Ruhestand alles Gute, Gesundheit, Glück und zahlreiche Lebensjahre, um seinen vielen Hobbys nachgehen zu können.

Für die nächste Zeit plant der Jubilar, sich verstärkt dem Lesen zu widmen und Reisen zu unternehmen, bei denen er in die deutsche Geschichte eintauchen kann.

Buschmann



Der ehemalige OV-Vorsitzende Kurt Knück (li.) freute sich über eine gelungene Veranstaltung. Von links: Der ehem. Dienstleiter Eckehart Behling, Bereichsleiter Peter Stachowski und die ehem. Aufsichtsdienstleiter Karl-Heinz Schürings und Werner Heckendorf verlebten einen informativen Abend.

OV Mönchengladbach

Pensionäre halten Verbindung und pflegen Geselligkeit

Es soll künftig zu einem fixen Datum in der Terminplanung und damit langsam Tradition werden, dass sich die Pensionäre des Ortsverbandes regelmäßig treffen.

Weil ja nichts von selbst geschieht und ein bisschen Organisation nicht schaden kann, übernahm es der ehemalige Ortsverbandsvorsitzende **Kurt Knück** jene Fäden zu ziehen, die eine Zusammenkunft zu

einem Erlebnis machen. Als man sich Anfang März traf, verfolgten die Teilnehmer nicht das Ziel, im eigenen Saft zu schmoren und nur die Erlebnisse und Anekdoten der Vergangenheit aufzufrischen und zu pflegen. Stattdessen sind die Ruheständler an Informationen und Berichte aus der täglichen Praxis interessiert.

Deshalb sind auch aktive Strafvollzugsbe-

dienstete aufgerufen, sich an einem fruchtbaren Dialog zu beteiligen.

Weil das Reden hungrig und durstig macht, durften natürlich Bier und Essen nicht fehlen.

In dieser Wohlfühlumgebung nahmen die Pensionäre interessiert die Information über den Neu- und Umbau der Hauptanstalt entgegen.

Heute schon gelacht?

Kosten-Nutzen-Analyse

Mandelstamm hat eingebrochen. Er steht vor Gericht. „Eines verstehe ich nicht“, sagt der Richter, „in der Wohnung lagen unverschlossene Wertgegenstände umher. Wieso haben Sie nur solch wertlosen Krempel mitgenommen?“ Der Einbrecher: „Herr Richter, ich halte es nicht mehr aus! Meine Frau hat mir wirklich schon genug zugesezt deswegen und jetzt fangen Sie auch noch damit an!“

*

Besitzverteilung

„Wenn ich mir über die Verteilung unseres Besitzes klar wäre, würde ich mich scheiden lassen“, sagt der Ehemann zum Anwalt. „Aber das ist doch ganz klar“, antwortet der. „Ihre Frau bekommt das Haus, Sie den Wagen und ich Ihre Ersparnisse.“

Ombudsmann für den Justizvollzug übergibt ersten Tätigkeitsbericht

Die Bediensteten brauchen Perspektiven, nur dann können sie auch den Gefangenen jene Perspektiven eröffnen, die diese gegenüber dem Ombudsmann so nachdrücklich angemahnt haben. Auf diese Kurzform lassen sich die Erkenntnisse des Berichtes reduzieren. Dabei sind die vielen Einzelhinweise auf vermeintliche oder tatsächliche Mängel durchaus bedenkenswert. Rolf Söhnchen, Ombudsmann für den NRW-Strafvollzug, unterbreitet in seinem ersten Tätigkeitsbericht für den Justizvollzug NRW zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Verhältnisse in den Vollzugseinrichtungen in NRW. Der BSBD empfiehlt insoweit, die Vorschläge einer kritischen Prüfung zu unterziehen und eine schnelle Umsetzung vorzusehen, wenn von ihnen eine nachhaltig positive Wirkung erwartet werden kann.

NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter, die den Bericht am 10.4.2008 entgegengenommen hat, dankte dem Ombudsmann für seine engagierte Arbeit und führte u. a. aus: „Der Bericht zeigt, wie wichtig es war, diese Institution geschaffen zu haben, um über den Dienstweg

hinaus einen intensiven Einblick in das Innenleben unserer Gefängnisse zu bekommen.“ **BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel** zeigte sich erfreut über die schonungslose Deutlichkeit, mit der **Rolf Söhnchen** die in vielen Vollzugseinrichtungen des Landes vorherrschenden Schwierigkeiten und Mängel aufgegriffen, benannt und analysiert habe. Jetzt sei die Landesregierung gefordert, den Bericht nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen und konsequent zu realisieren. In dem Bericht, so der Gewerkschafter, würden viele Probleme angesprochen, die der **BSBD** seit Jahren beklage. **Klaus Jäkel**: „Der **BSBD** hat viele der im Tätigkeitsbericht angesprochenen Probleme bereits vor Jahren den im Landtag vertretenen politischen Parteien vorgetragen und eigene Problemlösungen entwickelt. Bislang hat die Politik hinhalten reagiert. Es bleibt zu hoffen, dass dem Tätigkeitsbericht des Ombudsmannes nicht ein gleiches Schicksal droht und die Politik nur reflexartig auf den schuldenfinanzierten Landeshaushalt verweist. Denn wer aus Mängelanalysen keine Schlussfolgerungen zu ziehen bereit ist, der kann dann auch auf die Analyse verzichten.“

Nachlese zum BSBD-Gewerkschaftstag 2007

Die personellen Entscheidungen des Gewerkschaftstages zur Besetzung der BSBD-Gremien sind getroffen. Mit der Ausgabe 2/2008 haben wir mit der Vorstellung der Kolleginnen und Kollegen begonnen und fahren mit dieser Ausgabe fort, die gewählten Funktionsträgerinnen und -träger mit einem Kurzportrait zu präsentieren. Alle Kolleginnen und Kollegen stellen sich ehrenamtlich in den Dienst der gemeinsamen Sache. Damit ist sichergestellt, dass die Mandatsträger, die konkret die Interessen des Strafvollzuges und seiner Beschäftigten in Verhandlungen vertreten, auch genau wissen, worüber sie reden. Berufsgruppenminderheiten, wie sie im Strafvollzug anzutreffen sind, haben nur dann eine Chance, sich hinreichend Gehör zu verschaffen, wenn sie sich einer eigenen Fachgewerkschaft bedienen können. In Großorganisationen fallen ihre spezifischen Interessen regelmäßig durch den Rost der real existierenden Mehrheitsverhältnisse. Diesen strukturellen Vorteil, den der BSBD gegenüber großen Konkurrenzgewerkschaften besitzt, werden die Mandatsträger des BSBD nutzen, um die Anliegen des Strafvollzuges und die seiner Beschäftigten auch in Zukunft sachgerecht und fachkompetent zu vertreten.

Joe Bausch, eigentlich **Josef Bausch-Hölterhoff**, 1953 im Westerwald geboren, studierte nach dem Abitur zunächst Theaterwissenschaften, Politik und Germanistik an der Uni Köln, später Rechtswissenschaften in Köln und Marburg. Anschließend nahm er ein Medizinstudium auf, das er an der Ruhr-Universität Bochum 1985 erfolgreich abschloss. Bereits zu dieser Zeit sammelte er erste Erfahrungen als Mitglied des „Theater Pathologisches Institut“. Mit skandalträchtigen Inszenierungen sorgte die Truppe in den 1980er Jahren für Aufsehen. Als Gerichtsmediziner Dr. Joseph Roth ist **Bausch-Hölterhoff** an der Seite von Dietmar Bär und Klaus Behrendt in der WDR-Krimiserie „Tatort“ im ARD-Fernsehen zu sehen.



Seit 1986 ist **Bausch-Hölterhoff** im medizinischen Dienst des Strafvollzuges tätig. Zunächst praktizierte er im Justizvollzugs-krankenhaus Fröndenberg und übernahm dann die Aufgabe des Anstaltsarztes bei der JVA Werl. Der **BSBD**-Gewerkschaftstag 2007 wählte **Bausch-Hölterhoff** zum Fachschaftsvertreter für den medizinischen Dienst. In dieser Funktion hat er sich zum Ziel gesetzt, die Kommunikation mit den Kolleginnen und Kollegen nachhaltig zu verbessern. Hier gibt es einiges zu tun, weil Ärzte regelmäßig als „Einzelkämpfer“ in der Institution Strafvollzug unterwegs sind.

Obwohl ihm die Schauspielerei besonders am Herzen liegt, geht **Josef Bausch-Hölterhoff** in seiner medizinischen Arbeit ganz und gar auf. Speziell die medizinische Versorgung und Betreuung alter und kranker Gefangener ist ihm ein ernstes Anliegen. Kritisch merkt er zu dieser Problematik an: „Wenn wir Straftäter wirklich so lange wegsperren wollen, bis sie keinem Menschen mehr gefährlich werden können, selbst dann nicht, wenn sie es wollten, bedeutet das, dass wir mehr kranke, mehr sterbende Häftlinge haben werden. Und denen müssen wir ein menschenwürdiges Ableben ermöglichen.“

Matthias Grünewald, 1966 geboren, verheiratet und Vater einer Tochter, vertritt seit 2003 die Interessen der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes im Landesaus-schuss des **BSBD**-Landesverbandes. Nach der Ausbildung zum Elektro-Installateur trat Grünewald 1987 in den Dienst des Strafvollzuges bei der JVA Iserlohn ein. 1990 bestand er die Laufbahnprüfung und wechselte 1994 an die JVA Schwerte. Gegenwärtig ist er mit dem Ziel der Versetzung an die IT-Leitstelle bei der JVA Castrop-Rauxel abgeordnet. Gewerkschaftlich verdiente sich Grünewald seine Sporen als Kassierer und Vorsitzender des Ortsverbandes Schwerte. Gewerkschaftsarbeit ist für ihn deshalb so wichtig, weil sich die Verhältnisse im Strafvollzug nur so beeinflussen und nachhaltig verbessern lassen. Konkret strebt der Gewerkschafter die Gleichbehandlung von Strafvollzug und Polizei an, was nicht nur die technische Ausstattung, sondern auch das äußere Erscheinungsbild in Form einer Uniform betrifft, die diesen Namen auch wirklich verdient.



Annette Strake

ist seit 1979 bei der JVA Bielefeld-Senne als Verwaltungsbeschäftigte tätig. Mit dem beruflichen Engagement im Strafvollzug organisierte sie sich im **BSBD**. Zunächst reichte es ihr, ihre Interessen sachgerecht vertreten zu wissen, später wurde sie selbst aus der Überzeugung heraus aktiv, dass man nicht darauf warten darf, bis andere die Initiative ergreifen, sondern selbst handeln muss, wenn man etwas verändern, etwas bewirken will.

Gegenwärtig fungiert sie im Ortsverband Bielefeld-Senne als Schriftführerin und stellt sich für die Personalvertretung sowohl für den Orts- als auch für den Hauptpersonalrat zur Verfügung. Daneben vertritt **Annette Strake** die Interessen der Tarifbeschäftigten im **BSBD**-Landesausschuss. Hier hat sie sich zur Aufgabe gemacht, nachdrücklich darauf hinzuwirken, dass für die im Strafvollzug beschäftigten Tarifkräfte eine Entgeltordnung geschaffen wird, die sich an der erbrachten Leistung und an den wachzunehmenden Aufgaben orientiert und die nicht statisch den Status Quo festschreibt, sondern Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung eröffnet.





Ulrich Hötter, 1939 geboren, verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder, studierte nach dem Abitur Jurisprudenz in Münster, Berlin und wieder Münster. Das 2. juristische Staatsexamen legte er 1969 ab. Anschließend arbeitete Hötter als Rechtsanwalt, bevor er 1970 in den Dienst des Strafvollzuges trat. Zunächst sammelte er Praxiserfahrungen in den Vollzugseinrichtungen Müns-

ter, Hövelhof und Werl, beim Präsidenten des Justizvollzugsamts Westfalen-Lippe und beim Justizministerium, um dann anschließend in Leitungsfunktionen in den JVAen Hövelhof, Schwerte, Hagen, Bielefeld-Senne und Werl Verantwortung zu übernehmen. 1977 wurde er zunächst in Werl „sesshaft“, bis ihn 1979 der Ruf erteilte, die Leitung der Justizvollzugsanstalt Geldern zu übernehmen. Geldern ist die Einrichtung des Erwachsenenvollzuges, die vorrangig für die berufliche Qualifizierung von Straftätern zuständig ist. Es ist das Verdienst Ulrich Hötters, diese vollzugliche Aus- und Weiterbildungseinrichtung auf ein vollzugliches und fachliches Niveau gehoben zu haben, das bundesweit keinen Vergleich zu scheuen braucht. Während seines 25jährigen Wirkens als Anstaltsleiter der JVA Geldern hat er dieser Einrichtung seinen ganz persönlichen Stempel aufgedrückt. Der Gewerkschaftstag 2007 hat Hötter als Fachschaftsvertreter für die Laufbahn des höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst in den Landesausschuss gewählt. Hier sieht er seine vorrangige Aufgabe darin, den Kontakt zu den Laufbahnangehörigen zu halten und den Landesvorstand bei der Vertretung der spezifischen Interessen dieser Laufbahn sachgerecht zu beraten und zu unterstützen.



Ulrich Biermann, verheiratet, drei Kinder, arbeitet seit 1980 im Strafvollzug. Nach dem Vorbereitungsdienst und dem erfolgreichen Bestehen der Laufbahnprüfung für die Laufbahn des mittleren Verwaltungsdienstes wurde er zunächst in verschiedenen Bereichen der Verwaltung als Sachbearbeiter eingesetzt. 1990 wurde ihm die Leitung der Vollzugsgeschäfts-

stelle der JVA Hövelhof übertragen. 1997 übernahm er die Leitung der Vollzugsgeschäftsstelle der JVA Bielefeld-Senne.

Die profunde Fachkompetenz **Biermanns** war auch auf überregionaler Ebene gefragt. So wurde er 1991 in die Arbeitsgruppe Automation im Strafvollzug berufen. Hier war er maßgeblich an der Pilotierung des Verfahrens BASIS in den Vollzugsanstalten des ehemaligen Bezirks Westfalen-Lippe beteiligt und führte eigenverantwortlich Schulungsveranstaltungen für Anwender an der Justizakademie in Recklinghausen durch.

Der **BSBD**-Gewerkschaftstag 2007 hat den ausgewiesenen Verwaltungsfachmann als Fachschaftsvertreter für den mittleren Verwaltungsdienst in den Landesausschuss gewählt. Hier hat er sich zum Ziel gesetzt, nachdrücklich für die Zusammenlegung der Laufbahnen des allgemeinen Vollzugs- und des mittleren Verwaltungsdienstes zu werben und einzutreten.

Hierbei verfolgt er die Intention, die Flexibilität und Verwendungsbreite der Betroffenen zu erhöhen und deren berufliche Entwicklungschancen nachhaltig zu verbessern.

Rolf Schröder ist seit 1992 im Strafvollzug des Landes bei der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne tätig. Gewerkschaftlich organisierte er sich recht bald im **BSBD**, weil ihn das Prinzip, dass Kolleginnen und Kollegen ihre Interessen selbst in die Hand nehmen und gegenüber der Politik vertreten, von Anfang an eingeleuchtet und überzeugt hat. Als er dann sah, dass eine weitgehend von den Mitgliedern bestimmte und gestaltete Gewerkschaftsarbeit auch noch erfolgreicher war als die Konkurrenz, engagierte er sich aktiv im **BSBD**.

Gegenwärtig hat er auch seine Kolleginnen und Kollegen überzeugen können, die ihn zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ortsverbandes Bielefeld-Senne gewählt haben. Damit übernimmt **Schröder** eine Leitungsfunktion in einer der größten **BSBD**-Untergliederungen



Nordrhein-Westfalens. „Anfangs war es nicht ganz leicht, weil man es nicht gewohnt ist, öffentlich zu agieren.“

Doch mit der Routine kommt auch hier die Sicherheit. Durch das gewerkschaftliche Engagement ist man zudem gezwungen, sich stets auch einem aktuellen Kenntnisstand zu halten, weil man schließlich angetreten ist, Optimales für die Kolleginnen und Kollegen zu erreichen“, weist **Schröder** auch auf Schwierigkeiten hin.

Der **BSBD**-Gewerkschaftstag wählte Rolf Schröder 2007 zum Fachschaftsvertreter für den allgemeinen Vollzugsdienst. In dieser Funktion wird sich der Gewerkschafter dafür stark machen, dass die durch den **BSBD** angestrebte Schaffung einer Sonderlaufbahn für den Strafvollzug nunmehr auch laufbahnrechtlich abgesichert wird.